

6. Perspektiven demokratisch-ökologischer Klassenpolitik

Welche Potenziale birgt die heutige prekäre Zweidrittelgesellschaft für eine demokratisch-ökologische Klassenpolitik, die – im Sinne eines linken Green New Deal – zugleich auf wirksamen Klimaschutz und einen starken Um- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates setzt? Um diese Frage abschließend zu beantworten, werde ich zunächst kurz die Ausgangsfrage rekapitulieren und meinen analytischen und empirischen Zugang in Erinnerung rufen, mit dessen Hilfe ich sie bearbeitet habe (siehe Kap. 6.1). Daran anknüpfend werde ich die charakteristischen Entwicklungstendenzen der Klassen- und Ungleichheitsstruktur rekapitulieren, die ich in Kapitel 4 dargelegt habe, und ausführlicher auf die Formen der Sozialkritik eingehen, auf die ich auf dem Terrain der popularen Ideologien gestoßen bin (siehe Kap. 6.2). Unterstrichen sei an dieser Stelle, dass hier lediglich ein unvollständiger, ausschnitthafter Eindruck des Mosaiks verbreiteter Einstellungen und Deutungen gewonnen werden konnte. Abschließend ziehe ich politisch-strategische Schlussfolgerungen, indem ich vier Thesen dazu skizziere, wie das Projekt des Grünen Sozialismus zumindest für ein relevantes gesellschaftliches Minderheitenprojekt eine tragfähige gesellschaftliche Allianz aufbauen könnte (siehe Kap. 6.3).

6.1 Potenziale des grünen Sozialismus?

Dass viele Dinge sozial, politisch, auch ökologisch im Argen liegen, ist ein weit verbreiteter Eindruck in der deutschen Bevölkerung (siehe Kap. 5.1). Auch in den langen Interviews, die ich geführt habe, zeichnet sich eines ganz sicher ab: ein Gespür dafür, dass vieles nicht in die richtige Richtung läuft. Die deutsche Gesellschaft, so habe ich am Anfang dieses Buches behauptet, ist krisengetroffen. Der Kapitalismus wird (mindestens) von zwei Krisenprozessen durchzogen, durch die schleichende soziale Krise und durch eine sich beschleunigende ökologische Krise. Beide sind miteinander verbunden (siehe Kap. 1). Insbesondere ist die Bewältigung der Klimakrise immer klassenpolitisch überformt.

In der prekären Zweidrittelgesellschaft, die sich in Folge unternehmerischer Modernisierungsstrategien und der politischen Neoliberalisierung der deutschen Gesellschaft seit Anfang der 1980er herausgebildet hat (siehe Kap. 3), sind Lebens- und soziale Teilhabechancen nicht nur enorm ungleich verteilt (siehe Kap. 4.3 und 4.4); auch die Verantwortung für die Klimakrise, die unmittelbare Betroffenheit durch die zerstörerischen Folgen des Klimawandels (z.B. Hitzewellen, Sturzfluten, Brände, neue Krankheiten), die existenzielle Abhängigkeit vom fossilen Kapital und die mögliche soziale Verwundbarkeit durch den ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft sind es (siehe Kap. 4.5). Verteilungskämpfe durchziehen deshalb auch das, was heute als ökologische Modernisierung betrieben wird – ebenso wie sich Widerwille und Opposition, Unterstützung und Ungeduld gegenüber der konkreten Art und Weise herausbilden, wie Klimaschutz entwickelt wird.

Wie die beiden miteinander verbundenen Krisen bewältigt werden, hängt jedenfalls davon ab, welche politischen Projekte dazu in der Lage sein werden, tragfähige gesellschaftliche Allianzen zu schmieden, um ihre Entwicklungsmodelle, die sie für die Gesellschaft vorschlagen, durchzusetzen. Diesen Gedanken habe ich in Kapitel 2.4 ausführlicher entwickelt, im anschließenden dritten Kapitel habe ich dann skizziert, welche unterschiedlichen politischen Projekte ich voneinander unterscheide und wie sie an der Neoliberalisierung des Landes mitgewirkt, also die prekäre Zweidrittelgesellschaft mit hervorgebracht haben. In diesem Zusammenhang habe ich dargelegt, dass zu diesen Entwicklungsmodellen unterschiedliche Sozialstaatsprojekte gehören, also Vorschläge darüber, wie der Wohlfahrtsstaat wirken sollte, was seine Aufgaben sind, wie er organisiert ist und wie er seine Aufgaben erfüllen kann (siehe Kap. 2.2).

Jedes politische Projekt ist ein Netzwerk aus Akteuren, aus Ankerparteien, auch aus politischen Organisationen, Intellektuellenkreisen und anderen zivilgesellschaftlichen Kräften wie Verbandsfunktionären, Aktiven aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften usw. Die gesellschaftlichen Allianzen, die sie schmieden, sind in der Regel widersprüchlich, weil sie Teile verschiedener Gesellschaftsklassen umfassen. Jedes Projekt muss deshalb unterschiedliche Ansprüche und formulierte Interessen aufgreifen, aber notwendigerweise so auch andere missachten, sich sogar gegen sie wenden. Drei wichtige Projekte, die heute miteinander um Unterstützung konkurrieren, habe ich als sozialliberal-ökologisches Modernisierungsprojekt, als links-ökologisches und als antiökologisch-nationalradikales Projekt bezeichnet.

Die drei Projekte unterscheiden sich danach, wie sie auf die soziale und ökologische Krise antworten, mithin welche Rolle dabei auch die Wohlfahrtsstaatspolitik spielt. Ich habe in Kapitel 2.1 und 2.2 liberale, konservative und sozialistische Sozialstaatspolitiken voneinander unterschieden, präzisierend habe ich in Kapitel 2.3 verschiedene Varianten des Green New Deals diskutiert. Dabei habe ich mich auf Unterschiede zwischen einem marktzentrierten Green New Deal (Politik mit dem Markt) und einem linkssozialdemokratischen oder ökosozialistischen Green New Deal konzentriert, in denen Klimaschutz und soziale Schutz- und Umverteilungspolitik von oben nach unten nur zusammen gedacht werden. Während der antiökologische Nationalradikalismus sich gegen jede Form einer Green New Deal-Politik wendet, vertritt das sozialliberale Projekt unterschiedliche Schattierungen der markzentrierten Variante. In der folgenden Übersicht habe ich einige wichtige Eigenschaften dieser Projekte zusammengefasst.

Tabelle 49: Die politischen Projekte der Zweidrittelgesellschaft im Überblick

<p>Links-ökologisches Projekt, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Kaufkraft der Lohnabhängigen, kontrazyklische Investitionen des Staates: nachfrageorientierte Politik - Abschaffung von prekären Arbeitsverhältnissen - Stärkung des Öffentlichen Dienstes, Rekommunalisierung zuvor privatisierter Bereiche - Steuerpolitik zu Gunsten unterer und mittlerer Einkommensgruppen - Großes ökologisches Reformprogramm, z.B. Schwerpunkte schnellere Energiewende, ökologischer Umbau der Wirtschaft, demokratische Beteiligung Zivilgesellschaft, Verkehrswende durch massiven Ausbau von Schienen- und Busverkehr 	<p>Antiökologisch-nationalradikales Projekt, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stark nationalidentitäre Ausrichtung, harte Abgrenzung gegenüber Migrant*innen - Propagierung »traditioneller« Lebensmodelle, gegen gesellschaftliche Liberalisierung - Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik und ein neoliberaleres Staatsverständnis - Auch liberale Sozialpolitik und neoliberalere Forderungen, z.B. ALG-II nur für Beschäftigte, die Beitragsjahre vorweisen können - Punktuell sozialprotektionistische Forderungen, z.B. Stärkung des staatlichen Rentensystems - Starke Relativierung bis Leugnung der Klimakrise, Blockadehaltung gegen ökologische Transformation
<p>Sozialliberal-ökologisches Projekt, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Versprechen ökologischer Modernisierung, z.B. starker Ausbau erneuerbarer Energien - Festhalten an Schuldensbremse, keine Steuerpolitik, die die oberen Einkommen und Vermögen stärker belastet, Unklarheit, wie Mehrausgaben finanziert werden können - Versprechen kleinerer sozialer Reformen, z.B. Erhöhung Mindestlohn oder Einführung Bundesariftreuegesetz - Einzelne neoliberalere Reformen angekündigt, etwa experimentelle Flexibilisierung der Länge des Arbeitstages und teilweise Kapitalisierung der Rentenversicherung 	.

Quelle: Eigene Darstellung

Innerhalb des links-ökologischen Projektes wird mehrheitlich eine linkssozialdemokratische Green New Deal-Politik verfolgt, wenngleich Ökosozialist*innen eine relevante Minderheit innerhalb dieses Netzwerkes darstellen. Das links-ökologische Projekt setzt auf eine Politik gegen den Markt, auf einen grundsätzlichen Umbau der Produktionsweise, bei der eine Stärkung und Expansion eines grundlegend reformierten Wohlfahrtsstaates eine zentrale Rolle spielt. Es geht um einen grünen Sozialismus. Dieser kann in Anlehnung an Karl Polanyi als Versuch verstanden werden, »[...] über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewußt einer demokratischen Gesellschaft unterordnet.« (Polanyi 1978, 311). In diesem Sinne ist der grüne Sozialismus ein Ziel. Als politisches Projekt gruppieren sich der Grüne Sozialismus um die Praxis der demokratischen Klassenpolitik (Dörre 2019; Esping-Andersen 1985; Korpi 1983) und stellt sich dabei den Herausforderungen der ökologischen (Klima-)Krise, macht also das zerstörerische Naturverhältnis innerhalb des Kapitalismus selbst zum Gegenstand der Klassenpolitik: Das Ziel ist eine humane und ökologische Gemeinschaft. Ermöglicht werden soll sie, indem eine andere Wirtschaftsordnung geschaffen wird, in der nicht der »private Geldgewinn zur allgemeinen Triebkraft der produktiven Tätigkeit« gemacht wird (Polanyi 1978, 311). Deshalb wird »das Verfügungrecht

von Privatpersonen über die Produktionsmittel nicht anerkannt«, sondern durch demokratisch-gesellschaftlichen Besitz ergänzt und ersetzt¹. Die Demokratisierung der Wirtschaft spielt dabei eine wichtige Rolle (Huffschmid/Jung 1989, 88f.; Scherer/Vilmar 1985, 104), eben auch für die Herausbildung einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft.

»So lange die ökonomischen Entscheidungen in den Händen einer Oligarchie von Kapitalisten, Bankern und Technokraten verbleiben [...], werden wir niemals dem infernalischen Kreislauf des Produktivismus, der Ausbeutung der ArbeiterInnen und der Umweltzerstörung entkommen. Die ökonomische Demokratisierung [...] bedeutet, dass die großen, die Produktion und die Distribution betreffenden Entscheidungen weder von den ›Märkten‹, noch von einem Politbüro getroffen werden, sondern von der Gesellschaft selbst, nach dem einer demokratischen und pluralistischen Diskussion, bei der sich Vorschläge und unterschiedliche Optionen gegenüberstehen. Das sind die notwendigen Bedingungen der Einführung einer anderen sozioökonomischen Logik und eines anderen Verhältnisses zur Natur.« (Löwy 2016, 96)

Es ginge also um eine demokratisch-ökologische Klassenpolitik, die nicht nur rot, sondern auch grün ist. Rot, weil sie eine Gesellschaft ohne soziale Ausbeutung will. Grün, weil sie um eine Produktionsweise ringt, die das Klima und die Biodiversität nicht zerstört (Wallis 2018, 16). Akteure eines solchen Grünen Sozialismus finden sich in der LINKEN, aber auch an den Rändern der SPD und der Grünen, sie sind in Gewerkschaften, in NGOs, in Intellektuellennetzwerken und – als größere Minderheit – innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv (Dörre 2021, 24).

Das Projekt eines Grünen Sozialismus ist voraussetzungsvoll, denn es basiert auf der strategischen Annahme, dass Bewegungen, die aus unterschiedlichen Widersprüchen entstehen, eine gemeinsame Handlungsperspektive entwickeln können: Arbeiter*innenbewegungen, die aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital entstanden sind, und Umweltbewegungen, die sich in heutigen Gesellschaften aufgrund der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Kapitalherrschaft und damit verbundenen Konsum- und Lebensweisen herausbilden (O'Connor 2021, 21). Zwar ist es zutreffend, dass beide Konfliktkonstellationen durch das expansive Kapitalverhältnis objektiv untrennbar miteinander verflochten sind (Eversberg 2023, 149), ein gemeinsames Anliegen und gemeinsames Handeln folgt daraus aber keineswegs ohne politische Vermittlungsarbeit – im Gegenteil, Abschottung voneinander, zuweilen auch Konflikte miteinander sind nicht selten (Räthzel 2019, 76–78). Die Vergangenheit

¹ Mehrheitlich wird darunter nicht eine »einfache« Verstaatlichung verstanden. In Anlehnung an Erik Olin Wright könnte man sagen, dass es um die Ausweitung »gesellschaftlicher Macht« geht. Demnach ist »Sozialismus (...) eine Wirtschaftsstruktur, in der die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind und die Allokation von Ressourcen – ihr Gebrauch zu bestimmten gesellschaftlichen Zwecken – durch Ausübung dessen erreicht wird, was man als »gesellschaftliche Macht« bezeichnen kann. »Gesellschaftliche Macht« ist Macht, die in der Fähigkeit gründet, Menschen in der Zivilgesellschaft für kooperative, freiwillige und kollektive Handlungen verschiedener Art zu mobilisieren. Das impliziert, dass die Zivilgesellschaft als Schauplatz nicht nur von Aktivität, Gesellschaftlichkeit und Kommunikation, sondern auch von realer Macht angesehen werden sollte.« (Wright 2017, 185–186) Sozialismus ist in diesem Sinne die Ausweitung der gesellschaftlichen Macht auf die Wirtschaft.

zeigt: Die Geschichte beider Bewegungen ist häufig auch eine des Streits, der Missverständnisse und der getrennten Wege gewesen, selbst wenn es immer auch Kräfte gab, die sich am Brückenschlag versuchten. Analytisch habe ich mich deshalb der Frage nach den Potenzialen für eine sozial-ökologische Reformpolitik bzw. ein Projekt des Grünen Sozialismus aus der Perspektive des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital bzw. der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung genähert (siehe Kap. 2) – wohlwissend, dass historisch für den Großteil der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegungen die Befreiung aus Not und der Kampf für Demokratie und soziale Teilhabe unhinterfragt auf »[...] industrieller Expansion, Produktivitätssteigerungen und damit einhergehend auf Naturplünderung und der Verbrennung fossiler Energieträger beruhte.« (Rackwitz 2022, 91)

Um die leitende Frage zu beantworten, bin ich von einer doppelten »Ungleichheitsannahme« ausgegangen. Die erste lautete, dass Ungleichheiten sowohl zwischen als auch innerhalb der Gesellschaftsklassen und Einkommensschichten in den vergangenen Jahren eher zugenommen haben. Die zweite war, dass damit auch eine Pluralisierung von Ansprüchen, Einstellungen und Interessen verbunden sein dürfte. Wenn es also richtig ist, dass politische Projekte – und eben auch das Projekt des Grünen Sozialismus – unterschiedliche Anliegen und Interessen aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaftsklassen aufgreifen müssen, um eine stabile gesellschaftliche Allianz zu schmieden, ist es nötig, diese Ungleichheiten in den Blick zu nehmen. Deshalb muss man, wie ich in Kapitel 1 argumentiert habe, zum einen das Terrain der Klassen- und Ungleichheitsverhältnisse (siehe Kap. 4) untersuchen, die eine Art »Rohmaterial« für demokratische Klassenpolitik darstellen (Esping-Andersen 1985, 27), und zum anderen das Feld der populären Ideologien (siehe Kap. 5) erkunden. Beides habe ich getan. In Kapitel 4 habe ich skizziert wie die fossil-industrielle prekäre Zweidrittelgesellschaft aussieht, ich habe erläutert, weshalb sie aus vier Gesellschaftsklassen (der Arbeiter*innenklasse, der lohnabhängigen Mittelklasse, dem traditionellen Kleinbürgertum und einem in sich ausdifferenzierten Bürgertum) besteht. Ich habe nachgezeichnet wie sich die Zusammensetzung der drei unteren Klassen verändert hat (Branchen, Umfang, Migration, Bildung) und habe argumentiert warum ich von einer prekären Zweidrittelgesellschaft spreche (Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Einkommens- und Machtverhältnisse).

Im fünften Kapitel habe ich schließlich versucht, ein Mosaik wichtiger ideologischer Trends zusammenzusetzen. Hier habe ich mich darauf konzentriert, Problemrohstoffe und Potenziale zu untersuchen, auf die der Grüne Sozialismus sich beziehen könnte und müsste, der für eine der beiden Varianten eines linken Green New Deal Mehrheiten gewinnen will. Zunächst habe ich wichtige Trends auf dem Feld der populären Ideologien nachgezeichnet (siehe Kap. 5.1), die von der Umfragen- und Einstellungs-forschung, aber auch von qualitativ arbeitenden Sozialwissenschaftler*innen, herausgearbeitet wurden. Anschließend habe ich eigene empirische Befunde einer qualitativen Kurzbefragung (siehe Kap. 5.2) und – als Hauptteil meiner eigenen Empirie – einer qualitativen Deutungsmusteranalyse (siehe Kap. 5.3) diskutiert. Ausgehend von der Diagnose in sich sozial ausdifferenzierter Ungleichheiten innerhalb der Arbeiter*innen- und lohnabhängigen Mittelklasse, habe ich in meinen eigenen empirischen Analysen Beschäftigengruppen untersucht, die sich unter wichtigen Gesichtspunkten voneinander

unterschieden haben: *Beschäftigte aus dem Werkzeug- und Maschinenbau und der Wertschöpfungskette Automobil* sind direkt vom fossil-industriellen Kapital abhängig, stark von der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft betroffen, haben mittlere und etwas höhere Löhne und verfügen in der Regel über eine solide oder stark ausgebauten betrieblichen und gewerkschaftliche Interessenvertretung. *Beschäftigte aus den Lagern des Handels bekommen eher niedrigere Löhne, in den Betrieben, in denen sie arbeiten, gehören prekäre Arbeitsverhältnisse zur Normalität.* Die Interessenvertretung ist umkämpft. Vom ökologischen Umbau sind sie als Beschäftigte bzw. ihre Arbeitsplätze lediglich indirekt betroffen. Ähnlich verhält es sich mit *Pflegekräften aus Krankenhäusern*, sie verfügen über mittlere Einkommen, die Arbeitsplätze sind durch die ökologische Transformation nicht direkt betroffen, prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es in Krankenhäusern viele, aber nicht im Pflegebereich. *Beschäftigte des ÖPNV*, deren Ansichten lediglich im Rahmen einer Kurzbefragung untersucht wurden, arbeiten hingegen in einem Sektor, der direkt vom ökologischen Umbau betroffen sein könnte, aber völlig anders als die Beschäftigten aus der Industrie. Gäbe es mehr Investitionen für den Öffentlichen Nahverkehr, würde dieser wachsen, mehr Beschäftigung bieten, möglich wäre auch eine lohnpolitische Aufwertung der Arbeit selbst. Die befragten Busfahrer*innen verfügen über eine etablierte Interessenvertretung, haben (niedrige) mittlere Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse (jenseits der Befristung) spielen kaum eine Rolle².

Weder die Ergebnisse der qualitativen Kurzbefragung, noch der Deutungsmusteranalyse sind natürlich repräsentativ, Verallgemeinerungen deshalb nicht möglich. Sie widmeten sich darüber hinaus den Deutungen, wie wir sie innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus vorfinden. Dabei handelt es sich um wichtige Multiplikator*innen in den Belegschaften und Scharnierpersonen zwischen der organisierten Gewerkschaftsbewegung und deren betrieblicher Basis (siehe Kap. 5). Aber es ist zu vermuten, dass das Alltagsbewusstsein, auf das man hier stößt, anders aussieht als bei Beschäftigten, die nie an einem Arbeitskampf teilgenommen haben und/oder keine Funktionen für die betriebliche und/oder gewerkschaftliche Interessenvertretung wahrnehmen. Ergänzend zu diesen empirischen Befunden habe ich mich deshalb in Kapitel 5.4 mit Befunden der Milieu-, Einstellungs- und Wahlforschung beschäftigt, die Informationen über politisch-ideologische Orientierungen bieten und zudem den Anspruch erheben, repräsentativ zu sein. Auch hier habe ich mich auf Potenziale des Grünen Sozialismus konzentriert, bei der Analyse der Wohlorientierungen aber die Konkurrenz mit dem antiökologischen Nationalradikalismus einbezogen, an das das links-ökologische Projekt in der Vergangenheit deutlich verloren hatte. Insgesamt bieten die Kapitel 5.1 bis 5.4 ein (sicherlich unvollständiges) Mosaikbild wichtiger popularer Ideologien.

2 In beiden empirischen Befragungen ging es um Deutungen von Gesellschaft und Staat, nicht zuletzt um Sozialstaatsorientierungen des gewerkschaftlichen Milieus. Zuerst bin ich auf die Ergebnisse der Kurzbefragung eingegangen, deren Daten im Rahmen einer Lehrforschung an der Universität Göttingen entstanden sind. Ich habe Deutungstendenzen bei Beschäftigten eines Endherstellers der Automobilindustrie, aus Krankenhäusern und aus dem ÖPNV nachgezeichnet. Daraan anknüpfend habe ich mich meiner Hauptempirie zugewandt, der Rekonstruktion von politischen Deutungsmustern bei Beschäftigten des Werkzeug- und Maschinenbaus bzw. der Wertschöpfungskette Automobil, aus Krankenhäusern und den Lagern des Handels.